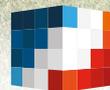




GESCHÄFTSBERICHT.

der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

zum 72. Landesparteitag der CDU-Schleswig-Holstein.



CDU

FRAKTION IM
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN
LANDTAG

HERAUSGEBER.

CDU-Fraktion im

Schleswig-Holsteinischen

Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Telefon: (0431) 988-1400
Fax: (0431) 988-1404
E-Mail: info@cdu.ltsh.de
Homepage: www.cdu.ltsh.de

 CDUFraktionSH
 @CDUFraktionSH
 @CDUFraktionSH

Druck: SCHOTT-Druck

Fotos, so nicht anders angegeben:
Claudia Kunkel
Sönke Ehlers
pixabay

Layout: Sönke Ehlers

Redaktion:
Harald Johnke (Agrar und Umwelt)
Meike Böge (Bildung)
Matthias Rasch (Europa und Zusammen-
arbeit der Länder SH und HH)
Sascha Gießmann (Finanzen)
Mandy Fock (Innen und Recht)
Sophie Seidel (Soziales)
Lars Dietrich (Wirtschaft)
Patrick Schmidt (Wirtschaft)

weitere Mitarbeit:
Kai Pörksen
Anne Bayer
Kathrin Schweiker
Claudia Kunkel
Guido Schiede

Hinweis:

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern im Wahlkampf zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unter-
richtung ihrer Mitglieder zu verwenden.

Kiel, 02. November 2018

„Jamaika wird ein Erfolgsmodell - dafür sorgen wir. Erste Erfolge finden Sie in diesem Geschäftsbericht. Viel Spaß beim Lesen.“

HANS-JÖRN ARP UND TOBIAS KOCH

*Parlamentarischer Geschäftsführer und
Fraktionsvorsitzender*



VORWORT DES FRAKTIONSVORSITZENDEN.



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde,

Sie halten den neuen Geschäftsbericht der CDU-Landtagsfraktion in der Hand. Aufgrund der Landtagswahl im Mai letzten Jahres bezieht sich der vorliegende Bericht ausschließlich auf den Zeitraum der neuen Legislaturperiode.

Mit der Landtagswahl hat sich die CDU-Landtagsfraktion personell neu

aufgestellt: Durch das verbesserte Wahlergebnis ist die Fraktion auf 25 Abgeordnete angewachsen, fast die Hälfte der Kolleginnen und Kollegen gehört erstmals dem Landtag an, die Zusammensetzung der Fraktion ist deutlich jünger und städtischer geworden.

Die Freude über den erreichten Regierungswechsel und die Bildung einer Jamaika-Koalition wurde wenige Monate später durch den tragischen

Tod unseres geschätzten Kollegen Dr. Axel Bernstein getrübt. Mit ihm haben wir einen der profiliertesten Köpfe der CDU-Landtagsfraktion verloren. Unsere Gedanken gelten nach wie vor seiner Frau Melanie und den beiden Kindern.

In den bislang gut 16 Monaten gemeinsamer Regierungszeit von CDU, Grünen und FDP haben wir viel von dem erreicht, was wir uns in unserem CDU-Landtagswahlprogramm vor-

genommen hatten. „Straßen bauen“, „Mehr Zeit für Bildung“ und „Der Polizei den Rücken stärken“ – das waren unsere Slogans im Landtagswahlkampf und genau das setzen Landesregierung und Landtagsfraktion jetzt auch entschlossen um. Mit der Abschaffung der Pflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, dem Verbot der Pferdesteuer, der Einführung des Bauingenieur-Studiengangs an der Fachhochschule Kiel konnten wir weitere CDU Forderungen verwirklichen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb der Jamaika-Koalition zeigt sich auch darin, dass wir mit den Beschlüssen zur verbesserten Bezahlung von Grundschullehrkräften, zusätzlichen Stellen für Polizei und Justiz sowie einer ausweiteten Förderung für Breiten- und Leistungssport zum Teil deutlich über die im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarungen hinausgegangen sind. Alles Anliegen, die uns als CDU besonders am Herzen lagen.

Mit dem Entwurf des neuen Landesentwicklungsplanes, der Reform der Kita-Finanzierung und der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs stehen in den nächsten Jahren weitere große Vorhaben auf der Agenda, mit denen wir unsere politischen Vorstellungen verwirklichen wollen.

Bitte nutzen Sie den vorliegenden Geschäftsbericht, um sich über die Arbeit der CDU-Landtagsfraktion umfassend zu informieren und verwenden Sie ihn

gerne als Leitfaden, um bei Fragen zur Landespolitik den passenden Ansprechpartner zu finden.

Im Namen der gesamten CDU-Landtagsfraktion danke ich Ihnen für Ihre Unterstützung!

Ihr



Tobias Koch



AGRAR UND UMWELT.



Unter seinem Vorsitzenden, Heiner Rickers, setzt sich der Fraktionsarbeitskreis „**Agrar und Umwelt**“ aus den weiteren Mitgliedern Hauke Göttsch, Klaus Jensen und Anette Röttger zusammen. Inhaltlich kümmert er sich vorrangig um die Bereiche Land- und Forstwirtschaft sowie Natur- und Umweltschutz. In den vergangenen zwei Jahren absolvierte der FAK „Agrar und Umwelt“ ein umfangreiches Besuchs- und Gesprächsprogramm mit **32 Terminen**.

Nachdem der **Koalitionsvertrag** zwischen CDU, Bündnis 90/die Grünen und FDP stand, war offenkundig, dass jeder der Koalitionspartner in seinem Bereich nicht mehr seine bisherige Poli-

tik zu hundert Prozent auch in Zukunft umsetzen können. Alte Konfliktfelder wie das Landesnaturschutzgesetz wurden ausgeklammert und stattdessen **Gemeinsamkeiten in den Vordergrund** gestellt wie beispielsweise:

- Anreize statt Ordnungsrecht zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft,
- Landwirte von Bürokratie entlasten, Kontrollen und Dokumentation koordinieren, vereinfachen, vereinheitlichen und effizienter gestalten,
- höchstens 1:1-Umsetzung von Bundes- und EU-Vorgaben – keine Verschärfungen,

- stärken der Allianz für den Gewässerschutz durch ein Anreizsystem,
- Überprüfung und ggf. Änderung des Tierschutzverbandsklagerechtes,
- Bestandsschutz für Anlagen der Tierhaltung bzgl. Abluftreinigung und
- Aufbau klimaangepasster, stabiler Mischwälder mit entsprechenden Laub- und Nadelholzanteilen.

Wichtiger noch als die oben genannten Punkte sind jedoch die, die verhindert werden konnten. Beispielsweise:

- Keine Einführung einer Pestizid- und Stickstoffsteuer,
- kein Aufbau eines Pestizid- und Düngekatasters,
- kein festgeschriebenes Leitbild des Ökolandbaus,
- keine Umschichtung der Agrarförderung von der 1. in die 2. Säule,
- keine Nutztierhaltungsverordnung und
- keine Unterordnung des Jagdrecht unter den Naturschutz.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode stellten die Koalitionsfraktionen einen Antrag zur **Verbesserung der Gewässerqualität**. Die Einträge von Nähr- und Schadstoffen auf Grund- und damit Trinkwasser sollen weiter reduziert werden. Damit sollen auch für künftige Generationen die Trinkwasserressourcen nachhaltig sichergestellt werden. Freiwillige Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität sollen gestärkt werden. Die Düngegesetzgebung des Bundes wird in Schleswig-Holstein schlank umgesetzt.

Nach den **Funden von Plastikteilen** aus dem Klärbetrieb an den Ufern der Schlei handelte die Koalition auf Initiative der CDU umgehend und initiierte eine Änderung des Abfallrechtes. Über eine Bundesratsinitiative soll zukünftig sichergestellt werden, dass Kunststoffe von Bioabfällen vor der Verwertung getrennt werden. Derzeit ist es noch nicht eindeutig untersagt, abgelaufene Lebensmittel gemeinsam mit der Verpackung zu zerkleinern und zu vermischen. In diesem Zusammenhang ist auch ein Antrag zu einem europäischen

Verbot von Mikroplastik zu sehen. Seit etwa 15 Jahren werden vermehrt Mikroplastikpartikel im Meer und in den Tieren nachgewiesen – inzwischen sind sie überall zu finden. Die Hälfte allen jemals produzierten Plastiks stammt aus diesen letzten 15 Jahren. Diese Partikel sammeln sich häufig im Verdauungstrakt, selbst in den Körperzellen an. Jeder kennt Bilder und Berichte von Tieren die an Plastik, in welcher Form auch immer, verendet sind. Acht Millionen Tonnen landen jedes Jahr aktuell in den Weltmeeren. Hier besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf.

Seit über zehn Jahren sind die Bundesländer aufgefordert, ihre Landesstrategie zur **biologischen Vielfalt** zu erarbeiten. Diese Regierung hat endlich den längst überfälligen Arbeitsauftrag auf den Weg gebracht. Schleswig-Holstein holt damit nach, was 14 Bundesländer bereits haben. In diesem Zusammenhang wurde die Landesregierung gebeten, bis Mitte 2019 auch eine Strategie zum Erhalt seltener Nutztierassen sowie alter Sorten von Kulturpflanzen vorzulegen, um die Agro-Biodiversität zu erhalten.



Ein weiteres Schwerpunktthema der Arbeit im Landtag war und ist die **afrikanische Schweinepest**, die seit einem Jahr an der deutschen Grenze lauert. Diese für Schweine zumeist tödlich verlaufende Seuche hätte bei ihrem Auftreten in Deutschland schwere wirtschaftliche Folgen. Zusammen mit der Bundesregierung hat auch die Landesregierung weitreichende Vorkehrungen getroffen, bis hin zur Veränderung der Jagdzeiten.

Im Bereich der Jagd wurde der **Schalldämpfer** als wichtiger Beitrag zum Gesundheitsschutz des Menschen und zum Tierschutz für die Jagdhunde eingeführt. Die bestehende Regelung, dass juristische Personen Flächen von der Jagdausübung befreien und zu sogenannten **befriedeten Bezirken** erklären konnten, wird bis zu einer bundeseinheitlichen Regelung wieder rückgängig gemacht.

Auch um das Thema **Lebensmittelverschwendung** hat sich die Jamaika-Koalition gekümmert. Mit einem sieben-Punkte-Katalog versucht sie die Lebensmittelverschwendung einzu-

schränken und Lebensmittel zukünftig stärker wertzuschätzen. Dazu gehört auch ein angemessener Preis.

Im Bereich des Artenschutzes spielten in der Parlamentsarbeit eine Rolle:

- Ausrichtung eines verbesserten Wolfsmanagements an der Weideterhaltung,
- das Spannungsfeld zwischen Fischerei und Kormoranen,
- die Einberufung eines Runden Tisches zum Fischschutz,
- der Einfluss von Wasserkraftanlagen auf die Laichwanderung von Fischen,
- die Verbesserung des Schutzes von Wildbienen, Bienen und Insekten sowie
- die Gänsefraß-Problematik schwerpunktmäßig an der Westküste.

Nach dem starken Regen Ende des letzten und zum Beginn dieses Jahres, der die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein stark beeinträchtigte, folgte Mitte des Jahres 2018

ein - zumindest in Teilen - außergewöhnlicher **Dürresommer**. Dabei können sich die Land- und Forstwirte der Solidarität der CDU auf Bundes- und Landesebene sicher sein. Die bereitstehenden Mittel werden nicht „mit der Gießkanne verteilt“ versickern, sondern zielgerichtet - bei den wirklich Betroffenen - ankommen. Zur Abwendung existenzbedrohender Situationen stehen für Schleswig-Holstein 20 Mio Euro (je zur Hälfte Bundes- und Landesmittel) zur Verfügung. Um die Hilfe zeitnah zu gewährleisten, können die Länder ihren Anteil auch vorzeitig auszahlen.

In Vorbereitung ist eine Überarbeitung des **Dauergrünlanderhaltungsgesetzes**, mit dem Ziel einer Vereinfachung und der Reduzierung der Gebietskulisse.



Weitere Informationen zum FAK Agrar und Umwelt erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

BILDUNG.



Mit dem Vorsitzenden Tobias Loose und den Abgeordneten Tim Brockmann, Anette Röttger und Peer Knöfler arbeiten der FAK Bildung an den bildungs- und kulturpolitischen Themen des Landes.

Seit 2017 ist das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur ein CDU-geführtes Haus. Dies ist nicht nur für den Bildungs-, sondern auch für den Kulturbereich eine Besonderheit. Nur noch wenige Bundesländer legen die Zuständigkeit für diese drei Bereiche in die Hand eines Ministeriums.

Für unsere Schülerinnen und Schüler, für die Lehrkräfte und für die Eltern

ist es wichtig, dass es eine verlässliche Bildungspolitik in den nächsten Jahren gibt. Dafür wurden bereits im ersten Regierungsjahr entscheidende Weichen gestellt.

In den **Grundschulen** wird die Basis für eine gute Bildung geschaffen. Die CDU hat sich dafür eingesetzt, dass es wieder eine Schwerpunktsetzung in den Kernfächern **Deutsch und Mathematik** gibt. Das Prinzip „Lesen durch Schreiben“ hat sich nicht bewährt. Aufgrund dessen wird es in Schleswig-Holstein wieder die verbundene Schreibschrift geben. Da uns die Grundschulen besonders am Herzen liegen, hat sich die Jamaika-Koalition bereits im November

2017 auf einen **Fünf-Punkte-Maßnahmenkatalog** für die Grundschularbeit verständigt. Es bedarf einer Verkleinerung von Risikogruppen, Leistungsschwächere benötigen eine besondere Förderung während lernstärkere Schülerinnen und Schüler auch einer besonderen Unterstützung bedürfen. Dies ist ein Aspekt der Bildungsgerechtigkeit. Daher ist es unerlässlich, dass wir weitere Unterrichtsstunden für die Grundschulen und zusätzliche Stellen schaffen.

Es ist grundsätzlich wichtig den **MINT-Bereich** schulübergreifend zu stärken und zukunftsfähig in den Unterricht einzubinden.

Die **Lehrkräfteausbildung- und die Gesundheit** von Lehrkräften ist ein wesentlicher Aspekt unserer Arbeit in dieser Legislaturperiode. Das CDU-geführte Bildungsministerium hat erstmalig und als Vorreiter im Bundesländervergleich eine Studie zur Lehrgesundheit in Auftrag gegeben. Dies war für die Lehrkräfte und schulischen Assistenzkräfte in Schleswig-Holstein ein wichtiges Zeichen, denn wir möchten, dass der

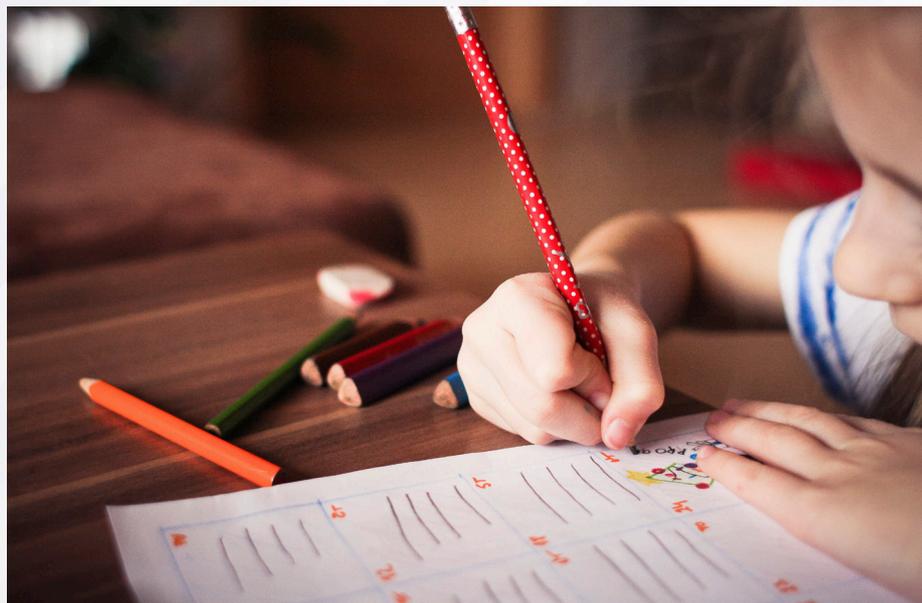
Beruf Lehrerin und Lehrer in Schleswig-Holstein ein Traumberuf wird. Ein weiteres Qualitäts- und Orientierungsinstrument für unsere Grundschulen ist die Wiedereinführung der **Notenzeugnisse** ab Klasse 3. Neben diesen wird es dank der Landesregierung auch wieder eine **Schulempfehlung** geben. Diese beiden Instrumente dienen sowohl den Kindern als auch den Eltern als Unterstützung für den individuellen Werdegang.

Der Bereich der **Digitalisierung** und der neuen Medien gewinnt auch an Schleswig-Holsteins Grundschulen an Bedeutung. Um den Beruf der Grundschullehrkräfte zukünftig noch attraktiver zu gestalten, haben wir uns dafür eingesetzt, dass diese durch ein Stufenprogramm ebenfalls die **Besoldung nach A 13** erhalten. Im vergangenen Schuljahr wurde direkt eine Schulgesetzänderung zur **Wiedereinführung von G9** zum Schuljahr 2019/20 beschlossen. Insgesamt haben sich 95 Gymnasien für den Weg von G8 zu G9 entschieden. Wir geben unseren Schülerinnen und Schülern wieder mehr Zeit für ihre in-

dividuelle Persönlichkeitsentwicklung, mehr Zeit zur Vertiefung des Lernstoffs und mehr Zeit für außerschulisches Engagement, wie z.B. Musik, Ehrenamt und Sport.

Die CDU hat darüber hinaus mit ihrer Initiative eine Profileroberstufe Informatik an den Gymnasien einzurichten, einen wichtigen Schritt getan,

um Schulen eine Stärkung in diesem Bereich zu ermöglichen. So erhalten Schülerinnen und Schüler zukünftig die Möglichkeit, sich für digitale Berufsausbildungen oder ein fachspezifisches Studium besonders zu qualifizieren. Daher ist eine zukunftsorientierte Ausbildung der Lehrkräfte und eine stetige Fortbildung im Bereich der neuen Medien ebenso unerlässlich.



Für die CDU haben **Gymnasien** und **Gemeinschaftsschulen** gleichermaßen eine Daseinsberechtigung und stehen in keinem Konkurrenzverhalten zueinander. Die Schullandschaft in Schleswig-Holstein ist mit ihren weiterführenden Schularten Gymnasium und Gemeinschaftsschule, mit den Berufsbildenden Schulen und den Förderzentren sowie den Schulen in privater Trägerschaft ein Erfolgsmodell.

Generell setzt die Jamaika-Koalition zukünftig auf **Berufsorientierung und Ausbildung**, nicht nur um ein notwendiges Gleichgewicht zum Studium zu schaffen, sondern auch um dem Fachkräftemangel in unserem Land entgegenzuwirken. Ein Element dazu ist die Schaffung des Schleswig-Holsteinischen Institut für berufliche Bildung (SHIBB). Hier entsteht ein zukunftsfähiges Netzwerk mit Kompetenzen aus dem Wirtschafts- und dem Bildungsministerium. Die Berufsausbildung ist ein Fundament unserer Gesellschaft, welches mehr Wertschätzung und Unterstützung bedarf.

Im ersten gemeinsamen Haushalt hat die Jamaika-Koalition eine deutliche Steigerung der Ausgaben im Bildungsbereich verabschiedet. Besonders hervorzuheben sind über **800 zusätzliche geschaffene Lehrerstellen**. Die Anzahl der Stellen für Inklusion an den Schulen sollen bis 2024 um 490 erhöht werden, im Haushaltsjahr 2018 sind bereits die ersten 70 Stellen veranschlagt. An den Grundschulen sollen 2018 und 2019 jeweils 40 neue Stellen geschaffen werden, um die Unterrichtsversorgung zu stärken. Durch einen Bildungsbonus sollen Schulen mit besonderen Problemlagen eine zusätzliche Unterstützung bis 2022 von rund 10 Mio. Euro erhalten.

„Kein Kind ohne Mahlzeit“ hieß es auf den CDU-Wahlplakaten. In den ersten 100 Tagen der neuen Landesregierung wurde dafür ein Konzept erarbeitet. Da uns das Thema so wichtig ist, haben wir im kommenden Haushalt 1,5 Mio. Euro für die Erstattung der schulischen Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern in den kreisfreien Städten, veranschlagt.

In den Jahren 2018 und 2019 sollen jeweils 6 Mio. Euro für „Schulen ans Netz“ bereitgestellt werden, so kommt das Ziel, alle Schulen in Schleswig-Holstein an das **Glasfasernetz** anzubinden, in greifbare Nähe. Wir stärken unsere Kommunen und stellen im Zeitraum 2018-2020 zusätzlich 50 Mio. Euro zur **Sanierung von Schulgebäuden** bereit. Durch den neu geschaffenen Studiengang des Bauingenieurwesens an der FH Kiel, haben wir zeitnah gehandelt, um dem Fachkräftemangel in diesem Bereich entgegenzuwirken.



Weitere Informationen zum Fraktionsarbeitskreis Bildung erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

EUROPA.



Die neue Legislaturperiode führte auch zu einer Neuaufstellung des Fraktionsarbeitskreises Europapolitik und somit auch zu Veränderungen im FAK Europa, der zukünftig mit Hartmut Hamerich als Vorsitzenden und mit Wolf Rüdiger Fehrs, Peter Lehnert und Tobias Loose besetzt ist. Diese vier Abgeordneten sind auch die ordentlichen Mitglieder der CDU-Fraktion im Europaausschuss des Landtages, dessen Vorsitz in dieser Legislatur bei der SPD liegt.

Die Themen und Arbeit der Europapolitiker in Schleswig-Holstein werden von der Lage Schleswig-Holsteins als Brückenkopf zu Skandinavien, der intensiven Zusammenarbeit mit

Dänemark, der Zusammenarbeit mit den Ostsee- und Nordseeanrainerstaaten sowie der Förderpolitik der EU maßgeblich bestimmt.

Deutsch-Dänische Zusammenarbeit

Der Ausbau und die Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Dänemark bleibt ein zentraler Bestandteil unserer Politik. Die CDU-geführte Landesregierung setzt die bewährte Kooperation mit Dänemark fort. Die neuen Mehrheiten im dänischen Folketing führen unter anderem im Grenzbereich zu verstärkten Kontrollen, die die Arbeit in der Grenzregion für Dänen und Deutsche nicht leichter macht. Deshalb ist es wichtig,

den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und die Zusammenarbeit weiter intensiv zu fördern.

Ostsee- und Nordseekooperationen

Die Probleme und Anliegen der Ostseeanrainerstaaten sind im europäischen Kontext ähnlich. Um diese Interessen zu bündeln und zu formulieren, haben die Staaten mit der regelmäßig tagenden Ostseeparlamentarierkonferenz (BPSC) und im „Parlamentsforum Südliche Ostsee“ Gremien geschaffen, in denen gemeinsame Interessen diskutiert und Forderungen erarbeitet werden. Der FAK-Vorsitzende vertritt die CDU-Fraktion auf diesen Konferenzen. Bei den Beschlüssen der diesjährigen BPSC in Mariehamn ging es um einen verstärkten Schutz der Ostsee. So fordern die Teilnehmer, dass der Ostseeaktionsplan dringend überarbeitet werden muss, um die zu hohe Belastungen mit Nähr- und Schadstoffen zu senken, den Kampf gegen den Meeresmüll zu forcieren und die Biodiversität mit wirksamen Schutzgebieten zu erhalten. Um die Nordseekommission mit ihren Unterarbeitsgruppen ist es in letzter Zeit ruhig

geworden. Aufgrund besonderer, sub-optimaler Strukturen ist dieser Arbeitsbereich noch deutlich ausbaubar.

EU-Förder- und Strukturpolitik

Die laufende Förderperiode der EU-Programme endet 2020. Eine Vielzahl von Projekten und Maßnahmen werden im großen Umfang über die Förderprogramme EFRE (Wirtschaftsförderung) und ELER (Entwicklung des ländlichen Raumes), den Europäischen Sozialfond (ESF), INTERREG (länderübergreifende Regionalförderung) und dem Europäischen Fischereifond (EFF) für Schleswig-Holstein eingesetzt. So fließen im Laufe der Förderperiode annähernd 850 Mio. Euro zur Förderung nachhaltiger Wirtschaft wie des Tourismus, zur Entwicklung des ländlichen Raumes, zur Stützung der Agrarwirtschaft, für den Abbau sozialer Missstände, für länderübergreifende und vielen weiteren Projekten ins Land.

Der FAK verfolgt intensiv die Ausgestaltung der **neuen Förderprogramme** ab 2021. Der sich abzeichnende Brexit schmälert die Einnahmen der EU um

mindestens 12 Milliarden Euro. Zudem wachsen die Aufgaben der EU insbesondere für den Schutz der Außengrenzen, der Integration, der Digitalisierung und dem Aufbau einer gemeinsamen Verteidigungsstrategie. Hierfür müssen mehr finanzielle Mittel als bislang aufgebracht werden. Dieser Spagat zwischen Einnahmeausfällen und Mehrausgaben wird absehbar nur mit Kürzungen der bisherigen Förderprogramme zu leisten



sein. Dabei kommt es uns besonders darauf an, Projekte beizubehalten, die den ländlichen Raum stützen, das Land nachhaltig zukunftsfähig machen und die Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern – vor allem Dänemark - nicht gefährden. Die nächsten Monate werden nach intensiven Verhandlungen der EU-Gremien über die Höhe der Finanzmittel mehr Klarheit bringen.

Minderheiten

Schleswig-Holstein nimmt bundesweit in Minderheitenbelangen eine herausgehobene Stellung ein. Der Schutz der Minderheiten ist in der Landesverfassung von Schleswig-Holstein besonders verankert. Allen Minderheiten und Volksgruppen Schleswig-Holsteins gehört unsere Unterstützung, damit sie ihre Identität wahren und leben können. Der **Förderung der Sprachen** kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Durch Verträge mit dem Land können die Minderheiten ihre Arbeit über einzelne Haushaltsjahre hinaus finanziell abgesichert planen. In den Minderheitengremien der Friesen, der Nordschleswiger sowie der Sinti und Roma arbeiten wir aktiv mit. Unser Fraktionsmitglied Johannes Callsen bekleidet das Amt des Minderheitenbeauftragten des Landes, minderheitenpolitischer Sprecher ist Peter Lehnert.

Subsidiaritätskontrolle

Seit dem Lissabon Vertrag 2009 sind die Rechte der Mitgliedsländer der EU im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle erheblich gestärkt worden. Über den

Bundesrat werden alle Richtlinien der EU zur Kontrolle in die Landtage und Landesregierungen eingespeist. Über den Bundesrat können die Länder dann gegebenenfalls eine Subsidiaritätsrüge beschließen, wenn sie sich in ihren eigenen Belangen verletzt sehen. Die Fraktion ist federführend mit dem FAK Europa in diesen Prozess eingebunden.

Bundesangelegenheiten

Der Europaausschuss des Landtages ist auch für Bundesangelegenheiten zu-

ständig. Dahinter verbergen sich die Initiativen und das Abstimmungsverhalten des Landes im Bundesrat. Durch die Initiative des Europaausschusses ist die Einbindung und Information stärker im Landtag zu verankert worden.

Zusammenarbeit

Eine enge Abstimmung und ein regelmäßiger Austausch in allen wichtigen Fragen zur Europapolitik mit unserem Europaabgeordneten Reimer Böge ist für den FAK gelebte Praxis.



Weitere Informationen zum Facharbeitskreis Europapolitik erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de



FINANZEN.



Der Fraktionsarbeitskreis „Finanzen“ setzt sich unter dem Arbeitskreisvorsitzenden Ole-Christopher Plambeck aus dem Fraktionsvorsitzenden und ehemaligen finanzpolitischen Sprecher Tobias Koch sowie den Abgeordneten Volker Nielsen und Wolf Rüdiger Fehrs zusammen. Inhaltlich beschäftigt sich der FAK Finanzen neben seinen originären Themenfeldern **Haushalt und Steuerwesen** auch mit zahlreichen Themenfelder aus anderen FAKs. Gesprächstermine fanden in der laufenden Legislaturperiode primär bei Landesbeteiligungen und Finanzämtern statt.

Der Wirkungskreis der Ausschussarbeit erstreckt sich auf den Finanzausschuss

sowie zwei vertrauliche Unterausschüsse, in denen jede Fraktion durch eine/n Abgeordnete/n vertreten ist. Im Finanzausschuss wird aufgrund seiner Querschnittsfunktion ein breites Spektrum an Themen behandelt, die zu irgendeinem Zeitpunkt eine Haushaltsrelevanz entwickeln.

In der **Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung** wird jede Fraktion durch den finanzpolitischen Sprecher Ole-Christopher Plambeck vertreten. Sie beschäftigt sich inhaltlich mit den Bemerkungen des Landesrechnungshofs und erarbeitet nach Diskussion mit den jeweiligen Hausspitzen den Voten-Vorschlag für den Finanzausschuss.

Der **Beteiligungsausschuss** setzt sich entsprechend des Namens mit den Beteiligungen des Landes auseinander. Hier wird die Fraktion durch den Fraktionsvorsitzenden Tobias Koch vertreten. Zu den prominentesten Themen der vergangenen Jahre zählen die Entwicklungen einschließlich des Verkaufsprozesses um die **HSH Nordbank** und die bauliche **Sanierung des UKSH**. Beide Themen haben weitreichende finanzielle Konsequenzen für das Land Schleswig-Holstein und sind daher mit höchster Sensibilität zu behandeln.

Bereits zu Beginn der Koalitionsverhandlungen wurde der finanzielle Rahmen und mit ihm verschiedene wichtige Themenfelder abgesteckt. Dabei konnten wir einige wichtige CDU Themen wie:

- Beschleunigte Sanierung und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur, Schulen, Hochschulen, Krankenhäusern, Sportstätten und weiteren öffentlichen Liegenschaften durch verstärkte Investitionen und eine Aufstockung der Planungskapazitäten,

- Vorbereitung einer Neuregelung der Krankenhausfinanzierung,
- Erarbeitung eines Tilgungsplans für die Altschulden des Landes,
- Abbau des Fachkräftemangels durch eine Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes als Arbeitgeber mit der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einer überarbeiteten Gehalts- und Besoldungsstruktur und weiteren Maßnahmen,
- Förderung des Erwerbs von Eigenimmobilien durch die Entlastung junger Familien bei der Grunderwerbsteuer,

im Koalitionsvertrag verankern und die Voraussetzungen für wichtige Themen anderer Arbeitskreise wie die Neustrukturierung der Kitafinanzierung und die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs schaffen.

Im gemeinsamen Arbeitskreis der Koalitionsfraktionen Finanzen, in dem die CDU die Koordinierungsfunktion innehat, herrscht ein bislang unaufgeregtes und zielorientiertes Arbeitsklima.

Auch durch den engen Kontakt zum Finanzministerium ist es uns daher gelungen, verschiedene Themen, wie die folgenden, auf den Weg zu bringen.

Den **Abbau des Sanierungsstaus** treiben wir über hohe Investitionen im Haushalt 2018 sowie dem Haushaltsentwurf 2019 voran. Darüber hinaus haben wir verschiedene formale wie inhaltliche Veränderungen am **Sondervermögen IMPULS** vorgenommen, die es uns ermöglichen, die zur Verfügung stehenden Mittel flexibel einzusetzen und effizient abfließen zu lassen.

Zudem konnten wir mit einem Antrag die Erarbeitung eines Konzeptes vorantreiben, um erstmals in der Geschichte des Landes zu einer planbaren **Tilgung der Altschulden** zu gelangen.

Um auch in Zukunft dem Fachkräftemangel in der Landesverwaltung entgegenzuwirken, konnten bereits zwei Maßnahmenpakete zur **Steigerung der Arbeitsplatzattraktivität** für Landesbedienstete verabschiedet werden. Ein weiteres Paket ist für 2019 geplant.

Für die **Entlastung junger Familien** im Zuge der Grunderwerbsteuer wurde eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht.

Als Ausrichter der diesjährigen Frühjahrskonferenz der haushalts- und finanzpolitischen Sprecher der CDU/CSU Fraktionen des Bundes und der Länder in Kiel ist es uns zudem gelungen, die Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer von der schleswig-holsteinischen Herangehensweise zum Thema **Glücksspiel** zu überzeugen und ein entsprechendes Beschlusspapier zu verabschieden.



Weitere Informationen zum Facharbeitskreis Finanzen erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

INNEN UND RECHT.



Unter seinem Vorsitzenden, Claus Christian Claussen, setzt sich der Fraktionsarbeitskreis „Innen und Recht“ aus den weiteren Mitgliedern Tim Brockmann, Hans Hinrich Neve und Barbara Ostmeier zusammen.

Inhaltlich kümmert er sich vorrangig um die Bereiche Innenpolitik sowie Justiz. In den vergangenen zwei Jahren absolvierte der FAK „Innen und Recht“ ein umfangreiches Besuchs- und Gesprächsprogramm mit zahlreichen Terminen.

Die Gewährleistung der **Inneren Sicherheit** war auch in den vergangenen zwei Jahren einer der Schwerpunkte der Arbeit. Gemeinsam setzen wir die Ver-

einbarungen des Koalitionsvertrages um und gehen bei Bedarf auch darüber hinaus. Im ersten Regierungsjahr hat die CDU schon viel erreicht, um der Polizei den Rücken zu stärken und für mehr Innere Sicherheit zu sorgen.

Beispielsweise:

- werden keine Polizeidienststellen im Land mehr geschlossen,
- erhalten Polizei und Justiz zusätzliche Stellen,
- wird die Ausrüstung durch Schutzkleidung, Bewaffnung und digitale Endgeräte verbessert,
- stehen höhere Erschwerniszulagen und geringere Arbeitszeiten bei Wechselschichten für Wertschätzung.

Gleich zu Beginn der Legislaturperiode, zum 01. März 2018, wurde die **Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten** von 3,64 Euro auf 4,20 Euro angehoben. Dies ist ein Plus von 20 Prozent. Außerdem werden Polizeibeamtinnen und -beamte, die langjährig im Wechselschichtdienst tätig sind, schrittweise bei der Arbeitszeit entlastet.

Die Stärkung der **Einbürgerung** durch eine gezielte Kampagne war ein weiteres Vorhaben des Koalitionsvertrags, welches die Koalitionsfraktionen mit dem entsprechenden Antrag „Einbürgerung voranbringen“ auf den Weg gebracht haben. Die Einbürgerung ist ein wichtiger Baustein für eine gelingende Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger in unsere Gesellschaft. Ziel der Einbürgerungskampagne ist, öffentlichkeitswirksam über die Voraussetzungen für eine mögliche Einbürgerung zu informieren.

Um die **Integration** in Schleswig-Holstein vom ersten Tag an zu gestalten, erarbeiten die Koalitionsfraktionen gemeinsam ein Landesintegrationsgesetz,

das klare Integrationsziele für das Land und die Kommunen definiert und den Weg dorthin mit den entsprechenden Maßnahmen unterlegt. Ziel der Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Der Bereich **Justiz** ist nach wie vor durch eine hohe Arbeitsbelastung geprägt. Dies betrifft sowohl die Gerichte und Staatsanwaltschaften als auch den Justizvollzug. Infolge des Inkrafttretens des neuen Landesstrafvollzugsgesetz ist es in den Anstalten des Landes zu erheblichen Protesten und Unruhen seitens der Gefangenen gekommen. Hintergrund ist, dass im Gesetz gewährte, zusätzliche Rechte aufgrund fehlenden Personals nicht gewährleistet werden können. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „**Personalbedarfsanalyse Justizvollzug**“ haben wir die Landesregierung gebeten, eine landesweite, extern begleitete Personalbedarfsanalyse im Bereich des Justizvollzuges durchzuführen, welche bereits gestartet ist. Mithilfe dieser unabhängigen Personalbedarfsanalyse werden wir ermitteln, wie sich der tatsächliche

Personalbedarf, auch unter Berücksichtigung der erheblichen Krankenstände, darstellt. Auf dieser Grundlage wird eine adäquate Personalausstattung und damit auch eine erfolgreiche Arbeit im Vollzug sichergestellt werden. In diesem Zusammenhang wird auch das Landesstrafvollzugsgesetz überprüft.

Auch die Belastungen bei **Verwaltungs- und Oberverwaltungsgericht** im Lande haben, wie der Jahresbericht deutlich zeigt, seit 2016 enorm zugenommen. Die Koalitionsfraktionen haben auf diese Mehrbelastungen bereits mit 13 ausgewiesenen Stellen im Haushalt 2018, darunter neun Stellen für Richterinnen und Richter, reagiert. Die von der Vorgängerregierung nur zeitlich befristet geschaffenen Stellen in der Justiz, werden nun dauerhaft erhalten bleiben. Die zu-

sätzlichen Stellen für den Justizbereich dienen vor allem der dringend notwendigen Verfahrensbeschleunigung.

Ein weiteres Schwerpunktthema des Fraktionsarbeitskreises ist die Vorbereitung der Justiz auf den **elektronischen Rechtsverkehr**, die bis zum Jahr 2018 erfolgen muss. Für die Digitalisierung der Justiz, beim Verfassungsschutz, der digitalen Spurensicherung und der Staatsanwaltschaft kommen mehrere Dutzend neue Stellen mit dem beschlossenen Sicherheitspaket hinzu. Die Entscheidung geht sogar deutlich über die Vereinbarung im Koalitionsvertrag hinaus. So schaffen wir Sicherheit für Schleswig-Holstein und sorgen dafür, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in rechtsstaatliche Verfahren erhalten bleibt.



Foto: Landespolizei Schleswig-Holstein

Auch die **Windenergieplanung**, mit der vom Kabinett festgelegten vorläufigen Gebietskulisse, war und ist ein Schwerpunktthema. Die Energieziele sollen mit größeren Abständen zur Wohnbebauung in Einklang gebracht werden. Im Idealfall liegt nach Abschluss der zweiten Beteiligungsrunde Mitte 2019 wieder eine rechtssichere Gebietskulisse für den Windenergieausbau in Schleswig-Holstein vor.

Die Koalitionsfraktionen schaffen außerdem die Rahmenbedingungen für einen guten und attraktiven Polizeidienst in unserem Land. Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „**Weiterentwicklung des Zulagensystems** zur Steigerung der Attraktivität des Polizeidienstes und des Verfassungsschutzdienstes“ soll die Erschwerniszulage für Polizeibeamte in einem mobilen Einsatzkommando oder in einem Spezialeinsatzkommando, für verdeckte Ermittler und für Beamte im Bereich Observation des Verfassungsschutzes auf das durchschnittliche Bundesniveau angehoben werden.

Mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen „**Bleiberechtsregelung verbessern**“ bereiten wir eine weitere Initiative vor, um für gut integrierte, junge Erwachsene die Bleiberechtsperspektiven zu verbessern. Zu diesem Zweck ist die Regelung in § 25b AufenthG um einen Absatz zu ergänzen, in dem geregelt ist, dass jungen Erwachsenen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ein Bleiberecht gewährt werden kann, wenn sie die Voraussetzungen des § 25a Abs. 1 AufenthG für ein Bleiberecht erfüllen.

Mit dem Antrag „**Landesaufnahmeprogramm kommt**“ setzen die Koalitionsfraktionen einen weiteren Baustein humanitärer Asyl- und Flüchtlingspolitik um, auf den wir uns im Koalitionsvertrag verständigt haben. Mit diesem Landesaufnahmeprogramm gemäß § 23 Abs. 1 AufenthG sollen 500 besonders schutzbedürftige Geflüchtete, vor allem Frauen und Kinder, aufgenommen werden.

Mit der Einrichtung einer **Abschiebehaftanstalt** stellen wir außerdem sicher, dass auch in den Fällen eine

Abschiebung vollzogen werden kann, in denen die Betroffenen in einem rechtsstaatlichen Verfahren kein Bleiberecht für Deutschland erhalten haben, dennoch nicht freiwillig ausreisen, sondern sich stattdessen einer angeordneten Abschiebung widersetzen. Neben der konsequenten Hilfe für schutzbedürftige Menschen werden wir auch verantwortungsvoll mit denjenigen umgehen, die nach dem Abschluss rechtsstaatlicher Verfahren kein Bleiberecht in Deutschland erhalten. Für uns gilt dabei der Grundsatz, dass wir ein konsequentes Rückführungsmanagement mit unseren humanitären Grundüberzeugungen in Einklang bringen.



Weitere Informationen zum Facharbeitskreis Innen und Recht erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

SOZIALES.



Der Facharbeitskreis Soziales, geleitet von Katja Rathje-Hoffmann und ergänzt von Hans Hinrich Neve, Werner Kalinka und Andrea Tschacher befasst sich mit der gesamten politischen Themenviel-falt im Sozial- und Gesundheitsbereich.

KiTa-Finanzierung neu aufstellen

Eines der großen sozialpolitischen Themen ist der Bereich der Kindertagesstätten. Die Koalition aus CDU, Bündnis 90/die Grünen und FDP hat in dieser Wahlperiode begonnen eine grundlegende Neuaufstellung im Bereich der Finanzierung von Kindertagesstätten zu erarbeiten. Geprägt von einer Vielzahl unterschiedlichster Förderrichtlinien, gravierenden regionalen Unterschie-

den in der Höhe der Elternbeiträge und einer insgesamt starken finanziellen Belastung der Eltern, wird die Reform spätestens bis zum Jahr 2021 abgeschlossen sein. Eine **Deckelung der Elternbeiträge**, eine **Entlastung der Kommunen** und die **Sicherung einer guten Qualität** in den Kindertagesstätten ist unser übergeordnetes Ziel.

Pflege - Die große Herausforderung der Sozialpolitik

Ein schlechtes Image, Fachkräftemangel, eine hohe Arbeitsbelastung. Diese Faktoren prägen mehrheitlich die Situation in der Pflege. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich deshalb dafür eingesetzt, dass die **Arbeitsbedingungen in der Pflege**

verbessert werden. Ein Branchencheck in der Altenpflege ist hierzu initiiert worden. Die Ergebnisse sollen nicht nur Problemfelder identifizieren, sondern dazu dienen entsprechende Handlungsempfehlungen abzuleiten. Darüber hinaus haben wir uns dafür eingesetzt, dass Maßnahmen ergriffen werden, um einerseits den **Wiedereinstieg in den Beruf zu fördern** und zum anderen auch die **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** zu beschleunigen. Uns ist wichtig, dass die Wertschätzung für dieses Berufsfeld steigt, eine **Auszeichnung der Landesbesten** im Bereich der Pflegeberufe ist dabei ein kleiner aber wertzuschätzender Baustein, für den sich die CDU-Landtagsfraktion eingesetzt hat.

Frauenhäuser stärken – Frauen stützen

Frauenhäuser bieten von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen einen sofortigen Schutzraum. Die Beanspruchung dieser Häuser hat in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahren immer weiter zugenommen. In der Folge hat sich in den Frauenhäusern nicht nur ein Platzproblem, sondern mancherorts

auch ein baulicher Sanierungsbedarf gebildet. Die CDU hat sich hinsichtlich dieser Sachlage auf zwei Faktoren fokussiert. Wir haben Haushaltsmittel für die **Sanierung der Frauenhäuser** zur Verfügung gestellt und sind derzeit mit dem anlaufenden **Projekt „Frauen_Wohnen“** dabei, denjenigen Frauen eine Unterstützung bei der Vermittlung von Wohnungen zu geben, die nicht mehr akut schutzbedürftig und für ein Leben außerhalb dieser Häuser bereit sind. Es sind jedoch oftmals die Probleme bei der Wohnungsfindung, die im Ergeb-

nis die lange Verweildauer bedingt. Wir wünschen uns sehr, dass wir hiermit an den richtigen Stellschrauben drehen.

Notfallambulanzenentlasten-„Sektorverbindende Versorgung“ fördern

Im November 2017 hat die Koalition den Beschluss gefasst neue Wege zu fördern, um die Notfallambulanzen an Krankenhäusern zu entlasten und Wartezeiten der Patienten zu minimieren. Die Frequenzierung gerade im Bereich der Notfallversorgung ist seit einigen Jahren ein problembehaftetes Feld im Bereich der Gesundheitsversorgung, nicht nur in

Schleswig-Holstein. Nicht die Parallelität und klare Trennung von ambulant und stationär, sondern die gegenseitige Ergänzung ist hier der Kerngedanke. Wir haben eine **Bundratsinitiative zur Änderung des SGB V** angestoßen, um den **Regelbetrieb von Protalpraxen in Krankenhäusern während der vertragsärztlichen Sprechstundenzeiten** zu ermöglichen. Wir wollen in Schleswig-Holstein Vorreiter sein und nicht nur eine zukunftsstabile, sondern auch eine zukunftsweisende Notfallversorgung schaffen.

Landeskrankenhausgesetz - das Ziel im Blick

Das im Koalitionsvertrag von CDU, Bündnis 90/die Grünen und FDP festgeschriebene Ziel, verlässliche Rahmenbedingungen für die stationäre Krankenhausversorgung in Schleswig-Holstein zu schaffen, ist mit dem Haushaltsbeschluss 2018 beschleunigt worden. Ein in Auftrag gegebenes Gutachten soll hierbei die Facetten einer ersten Bestandsaufnahme mit Handlungsempfehlungen zur Verbesserung der zukünftigen Versorgungssituation herausarbeiten. Es ist uns als CDU wichtig,



dass eine **Krankenhausversorgung entsprechend den demographischen und sozialräumlichen Voraussetzungen** in Schleswig-Holstein besteht. Wir werden die Verbesserungen in diesem Bereich weiter vorantreiben.

Zukunftslabor

Gesetzliche Sozialversicherung versus Grundeinkommen versus Bürgergeld? Kontroverser darüber, wie das „richtige“ Modell eines sozialen Sicherungssystems aussehen sollte, kann gesellschaftspolitisch wohl kaum diskutiert werden. Es kreisen unterschiedlichste Begriffe und Modellsysteme, die einen grundlegenden Paradigmenwechsel unseres bestehenden Sozialsystems zur Folge hätte. Uns ist wichtig, dass wir die Diskussion mit der notwendigen kritischen Offenheit führen, aber gleichzeitig auch dafür eintreten Lösungen für die **nachhaltige Gestaltung des bestehenden Systems** zu suchen. Das Für und Wider der unterschiedlichen Modelle wird in Schleswig-Holstein mit Beschluss aus dem November 2017 in einem **Zukunftslabor** mit Experten und Vertretern aus Politik und Verbänden diskutiert.

Generationengerechte Familienpolitik

Das Vertrauen in die Rente und deren dauerhafte Sicherheit sind Kernelemente eines gerechten Generationsvertrages. Die CDU-Landtagsfraktion hat sich mit Beschluss aus dem Oktober 2017 dafür ausgesprochen, **private Vorsorge** durch verbesserte staatliche Unterstützungsmechanismen zu fördern. Durch **reduzierte steuerliche Belastungen**, aber auch die Fokussierung auf **betriebliche Renten**. Nur durch eine generationengerechte und eine umfassende Familienpolitik kann sichergestellt werden, dass **Altersarmut** in der nachproduktiven Lebensphase vermieden wird.

„Nicht ohne uns über uns“ - Ein Fonds für mehr Barrierefreiheit

Es hat nicht jede politische Forderung eine Geschichte - der Fonds für Barrierefreiheit ist jedoch einer dieser wenigen. Mit einer ersten Idee aus der 16. Wahlperiode konnte nun, drei Wahlperioden später, mit dem Jamaika-Koalitionsvertrag die politische Umsetzung angestoßen werden - es ist gelungen einen **Fonds in Höhe von 10 Mio. Euro** für Projekte festzuschreiben, die eine

inklusive Gesellschaft fördern wollen. Mit dem Landtagsbeschluss aus dem Oktober 2017 haben wir die Umsetzung dieses Projektes vorangetrieben – Anträge werden ab Mitte 2019 gestellt werden können.

Weitere Beschlüsse (Auszüge)

- verbindliche Einführung des Baby-Rettungswagens im Rahmen des Rettungsdienstgesetzes (19/888)
- Inklusion im Landessport fördern (18/835)
- Wohnortnahe stationäre Hospizplätze ausbauen (19/342)



Weitere Informationen zum Facharbeitskreis Soziales erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

WIRTSCHAFT, TOURISMUS UND VERKEHR.



Dem Arbeitskreis Wirtschaft, Tourismus und Verkehr sind weiterhin die Themengebiete Energie und Digitalisierung zugeordnet. Neben seinem Vorsitzenden Lukas Kilian setzt sich der Arbeitskreis aus Hartmut Hamerich, Andreas Hein sowie Klaus Jensen zusammen. Bedingt durch die Jamaika-Koalition und dem damit einhergehenden Koalitionsvertrag sind hundertprozentige parteipolitische Lösungen kaum möglich. Es bedarf daher in vielen Aspekten Kompromisslösungen und überparteilichen Konsens, welcher sich auch im Koalitionsvertrag für den Bereich Wirtschaft wiederfindet. Dieser bekennt sich zu einem Einklang von Ökonomie und Ökologie sowie einem nachhaltigen Wirtschaften.

Zentrale Ziele des Vertrages sind die Förderung des Mittelstandes, eine infrastrukturelle Industriepolitik, maritime Industrie, Gründungspolitik sowie Ausbau der Kernkompetenzen im Tourismus und eine Stärkung des Dualen Systems mit Integration und Fachkräftesicherung.

Die Arbeitsschwerpunkte des Facharbeitskreises Wirtschaft sind seit Konstitution mit diesen Zielen im Einklang und setzen die fraktionspolitischen Schwerpunkte:

- Schleswig-Holstein zum mittelstandsfreundlichsten Bundesland machen

- Standortbedingungen in allen Teilen des Landes verbessern
- Duale Ausbildung stärken
- Meistergründungsprämie einführen
- Vernetzung von Hochschulen und Unternehmen
- Förderung des Tourismus unter der Dachmarke „echter Norden“ beim Ausbau qualitativ hochwertiger und barrierefreier Urlaubsangebote
- Erstellung eines nationalen Aktionsplanes für den NOK als wichtiger Wirtschaftsstandort im Norden
- Weiterer Ausbau wichtiger Infrastrukturprojekte wie der A20 mit westlicher Elbquerung, der A7, der A21 sowie der Umsetzung des Achsenkonzeptes der S-Bahnlinien und S21
- Umsetzung der Energiewende unter Einbeziehung der regionalen Wirtschaft als Kompetenzpartner
- Intelligente Nutzung des überschüssigen Stroms durch „Power-to-X“ Lösungen, Wasserstofftechnologie und Elektromobilität
- Flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur durch Glasfaser bis 2025

Viele Punkte des Koalitionsvertrages und der Schwerpunktsetzung der CDU-Fraktion konnten bereits angegangen werden und machen weiter Fortschritte. Andere Punkten lassen noch auf sich warten und bedürfen weiterer Absprache mit den Koalitionspartnern. Besonders erfreulich sind die Fortschritte im Bereich der Infrastruktur. Nach jahrelangen Versäumnissen der Vorgängerregierung konnten wichtige **Straßenbauprojekte** angeschoben

werden. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode wurde ein Antrag über die Emissionssenkung und Verhinderung von Fahrverboten eingebracht. Weitere Erfolge in der Mobilität sind die Anträge zur technologieoffenen Elektromobilität und zur Verbesserung des Verkehrsflusses zur Schadstoffvermeidung. Da auch die Individualmobilität im Flächenland von wesentlicher Rolle ist, beantragte die Koalition die Beteiligung an der Initiative „Begleitetes Fahren ab 16“.

Von besonderer Bedeutung ist der Ausbau der Infrastruktur im Bereich des **Schieneverkehrs** in Schleswig-Holstein. Herausragende Stellung hat hierbei die Marschbahn, als existenzielle Verbindung zur Westküste. Die Fraktion hat sich stetig zur effektiven und zügigen Lösung der Problematik eingesetzt. Der **zweigleisige Ausbau der Marschbahn** wird als Pilotprojekt zur Erprobung von Baurecht als Maßnahmengesetz benannt. Hierdurch soll eine massive Beschleunigung des Ausbaus erreicht werden. Als bedeutende Infrastruktur im Süden des Landes und als Verbindung der Metropolregion Hamburg ist die **Erweiterung der S-Bahnlinie S4** ein unverzichtbares Projekt. Die Fraktion unterstützt die Planfeststellung und setzt sich zur zügigen Umsetzung ein. Seit Jahren plagt die Bahn die Anfälligkeit bei starker Witterung und die Überlastung in den Knotenpunkten. Hierbei wurde beantragt die Infrastruktur der Schiene wetterfest zu machen und die Landesregierung aufgefordert sich für die Verbesserung der Zuverlässigkeit und einer Überprüfung des momentanen Konzeptes einzusetzen.



Zur Lösung der Knotenproblematik wird gefordert, ein neues Konzept der Bäderbahn mit multimodalen Schnittstellen und Verkehrsträgerwechseln zu entwickeln. Doch nicht nur die Erneuerung des Öffentlichen Personennahverkehrs ist wichtig. Auch eine effiziente Auslastung wird gebraucht. Besonders für Studierende ist der ÖPNV ein elementarer Faktor. Die Jamaika-Koalition hat die Konzeptionierung eines **landesweiten Semestertickets** auf den Weg gebracht. Verkehr braucht Energie und Schleswig-Holstein ist das Land der **erneuerbaren Energien**. Jamaika setzt sich ein für die Rechtsicherheit bei dem Ausbau von Windenergie. Ohne entsprechende Rechtssicherheit gerät der Ausbau ins Stocken. Durch die erneuerbaren Energien entsteht ein Energieüberschuss, diesen gilt es für Schleswig-Holstein zu nutzen. Daher wird die Initiative zur stärkeren „Power-to-X“ unterstützt. Auch hierbei werden die regulatorischen Rahmenbedingungen angepasst und eine Strategie zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Stromnetze erarbeitet.

Im **Tourismus** lässt Jamaika die Dachmarke evaluieren und konsequent weiterentwickeln. Im Rahmen der Tourismusstrategie 2020 stehen die Digitalisierung, der Fachkräftemangel und die Entwicklung einer Fahrradtourismus-Strategie im Fokus. Durch regelmäßige Berichterstattung wird die Umsetzung der Tourismusstrategie begleitet. Der Einsatz auf Bundesebene für den Erhalt der Traditionsschifffahrt ist eine konsequente Umsetzung der Kernidentität als „Maritimes Erlebnisland“. Auch im Tourismus ist die Digitalisierung auf dem Vormarsch und die Koalition hat die Regierung aufgefordert, zu untersuchen inwiefern onlinebasierte Buchungsportale einen Einfluss auf die regionale Wirtschaft nehmen und einer Regulierung bedürfen, um einen fairen Wettbewerb zu ermöglichen.

Zum Erhalt und **Förderung der Wirtschaft**, insbesondere des Mittelstandes und des Handwerks, unterstützt die Fraktion den Dialog mit dem Mittelstandbeirat zu wirtschaftspolitischen Themen und setzt sich für die Vorlage eines Konzeptes zur Meisterprämie ein.

Als nächster Schritt steht die **Änderung des Vergaberechtes** an, das mit erleichternden Kriterien das Vergaberecht modern, mittelstandsorientiert und praktikabel macht. Bisher konnten viele Punkte des Koalitionsvertrages und der Arbeitsschwerpunkte der Koalition angegangen und auch umgesetzt werden. Diesen Weg wollen wir weitergehen und unsere Akzente in der Koalition setzen.



Weitere Informationen zum FAK Wirtschaft, Tourismus und Verkehr erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

ZUSAMMENARBEIT DER LÄNDER SH UND HH.



Der Fraktionsarbeitskreis bündelt die Arbeit der Fraktion für den jüngsten Ausschuss des Landtages „Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg“, der sich erstmalig am 17. November 2016 konstituiert hat.

Sonderfunktion des Ausschusses

Da die Landesverfassungen keine länderübergreifenden Ausschüsse als Beschlussgremien vorsehen, haben Hamburg und Schleswig-Holstein jeweils gleichnamige Ausschüsse gebildet, die gemeinsam tagen. Dadurch besteht die Möglichkeit, konkrete Beschlussvorschläge zu erarbeiten, die dann direkt in den zuständigen Fachausschüssen oder Parlamenten beschlossen werden können. Die Zusammenarbeit zwischen Schles-

wig-Holstein und Hamburg wird so auf eine neue Ebene gehoben. Die Parlamentarier können enger und abgestimmter zusammenarbeiten und konkrete Probleme aufgreifen.

Zielsetzungen

Die Mitglieder des FAKs der CDU-Fraktion leben in der Metropolregion Hamburg, da diese die Fragestellungen und Probleme im Hamburger Umland und im Zusammenleben mit Hamburg am besten kennen. Dies sind Barbara Ostmeier, Lukas Kilian, Wolf Rüdiger Fehrs und Peter Lehnert, der auch der FAK-Vorsitzende ist. Für den FAK gilt es, zahlreiche Zukunftsprojekte im Interesse der betroffenen Menschen voranzubringen. Hierzu gehören unter anderem die Themen

Bildung und Kinderbetreuung, Fragen der digitalen- und Verkehrsinfrastruktur, des Wohnungsbaus, der Inneren Sicherheit sowie der Energieversorgung.

Ein wichtiges Ziel des Facharbeitskreises ist es, mit dem neuen Ausschuss konkrete Verbesserungen für die Menschen zu erreichen. Dazu müssen die Sitzungen künftig nach CDU-Auffassung straffer organisiert werden, weil umfangreiche Berichte externer geladener Gäste – z.B. über die Energieversorgung in Hamburg - bislang zu wenig Zeit für Beratungen weiterer interessanter Themen gelassen haben. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten als Feierabendparlamentarier arbeiten. Folgende Punkte sollen in Kürze im Ausschuss beraten werden: Sachstand zum Ausbau des NOK und der Elbvertiefung, Biotopverbünde, Flughafen Hamburg (Lärmschutz) und Velorouten.



Weitere Informationen zum FAK Zusammenarbeit der Länder erhalten Sie auf unserer Homepage: www.cdu.ltsh.de

KONTAKTDATEN.

Die Referenten.

Agrar und Umwelt

Harald Johnke

Tel. 0431 / 988 - 14 15

E-Mail harald.johnke@cdu.ltsh.de

Bildung

Meike Böge

Tel. 0431 / 988 - 14 13

E-Mail meike.boege@cdu.ltsh.de

Europa

Matthias Rasch

Tel. 0431 / 988 - 14 17

E-Mail matthias.rasch@cdu.ltsh.de

Finanzen

Sascha Gießmann

Tel. 0431 / 988 - 14 29

E-Mail sascha.giessmann@cdu.ltsh.de

Innen und Recht

Mandy Fock

Tel. 0431 / 988 - 14 16

E-Mail mandy.fock@cdu.ltsh.de

Soziales

Sophie Seidel

Tel. 0431 / 988 - 14 31

E-Mail sophie.seidel@cdu.ltsh.de

Wirtschaft, Tourismus und Verkehr

Patrick Schmidt

Tel. 0431 / 988 - 14 02

E-Mail patrick.schmidt@cdu.ltsh.de

Zusammenarbeit der Länder SH und HH

Matthias Rasch

Tel. 0431 / 988 - 14 17

E-Mail matthias.rasch@cdu.ltsh.de

persönliche Referentin des Fraktionsvorsitzenden

Anne Bayer

Tel. 0431 / 988 - 14 57

E-Mail anne.bayer@cdu.ltsh.de

Pressestelle

Pressesprecher

Kai Pörksen

Tel. 0431 / 988 - 14 41

E-Mail kai.poerksen@cdu.ltsh.de

stv. Pressesprecher

Sönke Ehlers

Tel. 0431 / 988 - 14 50

E-Mail soenke.ehlers@cdu.ltsh.de



CDU FRAKTION IM
SCHLESWIG-HOLSTEINISCHEN
LANDTAG

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Landeshaus Kiel, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

www.cdu.ltsh.de | info@cdu.ltsh.de | 0431 / 988 - 1400

[f](#) CDUFraktionSH | [t](#) @CDUFraktionSH | [i](#) CDUFraktionSH